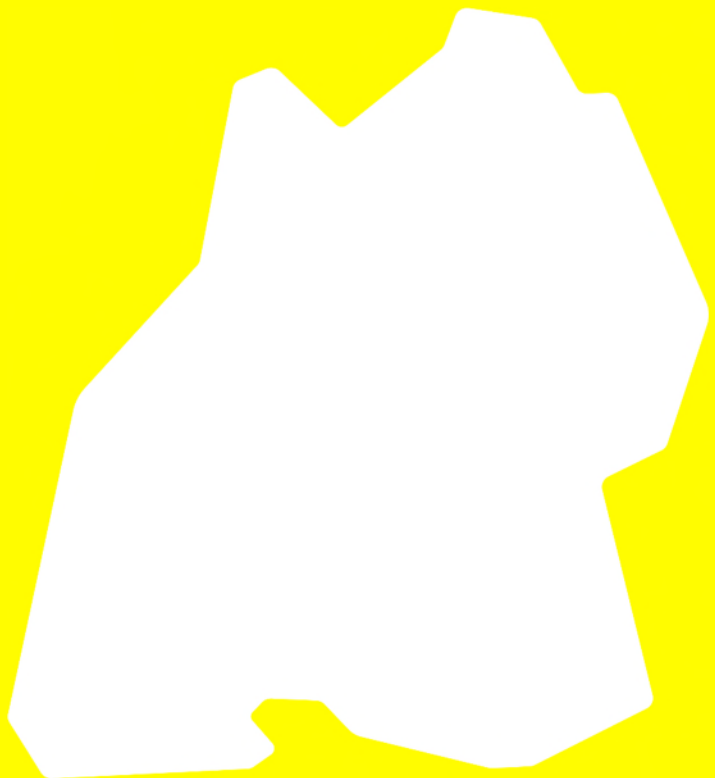




Baden-Württemberg

Glasfaserpakt Baden-Württemberg



Glasfaserpakt Baden-Württemberg

Vorbemerkung

Baden-Württemberg ist die Herzkammer der Industrie, des Handels und des Dienstleistungssektors in Deutschland und Europa. Damit dies so bleibt, gilt es, die Chancen des digitalen Wandels zu nutzen. Der Ausbau der besten digitalen Infrastruktur ist dafür unabdingbare Voraussetzung. Der wachsende Bedarf kann nur mit einer flächendeckenden Gigabit- und Glasfaserversorgung und einer Weiterentwicklung der digitalen Infrastruktur gedeckt werden. Das übergreifende Ziel für Baden-Württemberg liegt im flächendeckenden Ausbau von Glasfaseranschlussnetzen. Die Ansprüche an die digitale Infrastruktur steigen kontinuierlich. Gesellschaft und Wirtschaft benötigen daher stabiles und zukunftsfestes Glasfaserinternet, das in hohem Maße auch den klimapolitischen Anforderungen der Energieeffizienz entspricht. Das gilt umso mehr in einem Flächen- und Technologieland wie Baden-Württemberg, in dem nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern vor allem auch die Unternehmen, Schulen und öffentliche Einrichtungen auf schnelle und zuverlässige Netze angewiesen sind.

Seit der vollständigen Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes im Jahr 1998 sind die privaten Telekommunikationsunternehmen primär für den Breitbandausbau zuständig. Im Ländlichen Raum Baden-Württembergs befinden sich viele Hidden Champions, also Weltmarktführer, für die hoch performantes und zuverlässiges Internet unabdingbar ist, um auf den internationalen Märkten konkurrenzfähig zu bleiben. Der Glasfaserausbau ist gerade hier von besonderer Wichtigkeit, um einerseits die wirtschaftliche Stärke des Landes zu erhalten und auszuweiten und andererseits zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse beizutragen. Aus diesem Grund hat die Landesregierung Baden-Württemberg in der Vergangenheit den geförderten, landesweiten Ausbau mit einer Milliardenoffensive unterstützt und plant, dies auch künftig fortzuführen.

Die flächendeckende Versorgung mit Glasfaser ist nur durch ein Zusammenspiel von eigenwirtschaftlichem und gefördertem Ausbau zu erreichen. Deshalb bedarf es sowohl auf Seiten des privatwirtschaftlichen Telekommunikationsmarktes als auch der öffentlichen Hand des Verständnisses, sich als Partner mit dem gemeinsamen Ziel des flächendeckenden Glasfaserausbaus zu sehen.

Um die besten Voraussetzungen für einen schnellen Ausbau von Glasfasernetzen im Land zu schaffen, vereinbart **die baden-württembergische Landesregierung**, vertreten durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, Herrn Thomas Strobl, mit **den Kommunalen Landesverbänden Baden-Württemberg** und **den Partnern der Telekommunikationsbranche** einen „Glasfaserpakt“.

Ziel des Glasfaserpakts ist es, in enger Zusammenarbeit aller Unterzeichner die Rahmenbedingungen für einen möglichst raschen, flächendeckenden Glasfaserausbau im Land zu optimieren und vorhandene Ausbauhemmnisse zu reduzieren bzw. zu beseitigen.

Um diese Zielsetzung zu erreichen, **vereinbaren die Pakt-Partner,**

die Landesregierung Baden-Württemberg, vertreten durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen,

die Kommunalen Landesverbände Baden-Württemberg - Landkreistag Baden-Württemberg, Gemeindetag Baden-Württemberg und Städtetag Baden-Württemberg -

sowie **die aufgeführten Verbände und Telekommunikationsunternehmen**

1&1 Versatel GmbH

ANGA Der Breitbandverband e. V.

Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag (BWIHK)

Bahnhof Nätverk GmbH

Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) e. V.

BUGLAS - Bundesverband Glasfaseranschluss e. V.

Cable4 GmbH

DB broadband GmbH

Deutsche GigaNetz GmbH

Deutsche Glasfaser Holding GmbH

fibernet.rn Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar

NetCom BW GmbH

OXG Glasfaser GmbH

purtel.com GmbH

Stadtwerke Tübingen GmbH

Stiegeler Internet Service GmbH

SWU TeleNet GmbH,

Telekom Deutschland GmbH

Unsere Grüne Glasfaser GmbH & Co. KG

Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten (VATM) e. V.

Verband kommunaler Unternehmen e. V., Landesgruppe Baden-Württemberg

Vodafone GmbH

folgende **Schwerpunkte und konkrete Maßnahmen:**

- **Die Unterzeichner des Glasfaserpakts** sind sich einig, dass der landesweite Ausbau der digitalen Infrastruktur nur durch gemeinsames Engagement erfolgreich umgesetzt werden kann. Sie streben deshalb gegenseitige Offenheit und Kooperationsbereitschaft bei der Zusammenarbeit an, um den eigenwirtschaftlichen und geförderten Ausbau optimal voranzutreiben. Dabei hat die flächendeckende und zügige Versorgung des Landes oberste Priorität.

- **Die Unterzeichner des Glasfaserpakts** stellen fest, dass der gesetzlich verankerte Vorrang des eigenwirtschaftlichen Ausbaus Zustimmung und Beachtung findet. Weiter konstatieren sie, dass die staatliche Förderung als ergänzendes Mittel unerlässlich ist, um die flächendeckende Glasfaserversorgung im Land zu erreichen. Das Markterkundungsverfahren, mit vorgeschaltetem Branchendialog, ist hierbei das zentrale Verfahren, um den Vorrang des eigenwirtschaftlichen Ausbaus sicherzustellen und förderfähige Gebiete, die sich oft in ländlichen Gebieten befinden und für die Telekommunikationsunternehmen zumeist unwirtschaftlich sind, zu identifizieren.
- Der Ausbau soll durch eine optimale Verzahnung zwischen eigenwirtschaftlichen und geförderten Projekten gestärkt und vorangebracht werden. Vor diesem Hintergrund informieren **die Telekommunikationsunternehmen** die Verantwortlichen in den jeweiligen Kommunen frühzeitig über Ausbauplanungen. **Die Telekommunikationsunternehmen** geben der jeweiligen Kommune Änderungen frühzeitig bekannt und begründen diese. Zudem unterstützen sie die Kommune umfassend bei deren Kommunikation gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Dadurch erhalten die Kommunen die Möglichkeit – falls ein Ausbau durch die Telekommunikationsbranche nicht erfolgt – rechtzeitig alternative Wege zu beschreiten oder an Förderprogrammen teilzunehmen.
Die Kommunalen Landesverbände Baden-Württemberg setzen sich bei ihren Mitgliedern dafür ein, dass diese den eigenwirtschaftlichen Ausbau vor Ort aktiv unterstützen.
- Angesichts der gegenwärtigen Veränderungen im Telekommunikations- und Finanzmarkt vereinbaren **die Unterzeichner des Glasfaserpakts** ein Höchstmaß an Dialogbereitschaft, um den Ausbau der digitalen Infrastruktur gemeinsam mit Erfolg voranzubringen. Dabei sind sich die Unterzeichner der kartellrechtlichen Grenzen eines Austausches von geschäftssensiblen Informationen zwischen Unternehmen bewusst und halten diese zu jeder Zeit ein.
- **Die Landesregierung Baden-Württemberg** setzt sich als neutraler Mittler, der alle Interessen der Unterzeichnenden berücksichtigt, fortdauernd, auch auf Bundes- und EU-Ebene, für investitionsfreundliche Rahmenbedingungen und den fairen Wettbewerb beim landesweiten Glasfaserausbau ein. Dies gilt auch für eine zukünftige Diskussion zum Übergang von Kupfer- auf Glasfasernetze. **Die Landesregierung benennt das im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen (Innenministerium) Baden-Württemberg ansässige Kompetenzzentrum Breitband und Mobilfunk** als unverbindlichen Mediator bei Fragen zum Open Access.
- **Die Landesregierung Baden-Württemberg** unterstützt auch künftig den eigenwirtschaftlichen und den geförderten Glasfaserausbau umfassend. Dazu gehören auch die gesetzliche Verankerung des überragenden öffentlichen Interesses, das dem Ausbau der Telekommunikationsnetze zukommt, sowie der Entfall der Zustimmungspflicht bei geringfügigen baulichen Maßnahmen, wofür sich **die Landesregierung Baden-Württemberg** auf allen Ebenen einsetzt. Zudem intensiviert sie die Zusammenarbeit sowie den kontinuierlichen Dialog mit den Telekommunikationsunternehmen und den Kommunalen Landesverbänden Baden-Württemberg.

- Gleichzeitig verstärkt **die Landesregierung Baden-Württemberg** den Austausch unter den beteiligten Akteuren sowie die Kooperationsmöglichkeiten der Telekommunikationsbranche durch die regelmäßige Veranstaltung von branchenübergreifenden Symposien (bspw. Runder Tisch Glasfasernetze), die unter Berücksichtigung aktueller Themen stattfinden. Zudem prüft und identifiziert sie fortlaufend weitere Maßnahmen und Handlungsfelder zur Unterstützung.
- **Die Unterzeichner des Glasfaserpakts** sind sich einig, dass eine Beschleunigung und Vereinfachung der Antragsprozesse für den Glasfaserausbau förderlich sind. Ein Baustein hierbei ist, dass **die Landesregierung Baden-Württemberg** die Nachnutzung des OZG-Breitband-Portals unterstützt. **Die Telekommunikationsunternehmen** streben eine Verwendung des Portals an. **Die Kommunalen Landesverbände Baden-Württemberg** werben in ihrer Mitgliedschaft für deren Nutzung.
- **Die Kommunalen Landesverbände Baden-Württemberg** betonen die überragende Bedeutung des Glasfaserausbaus. Genehmigungsverfahren sollen mit dem Ziel durchgeführt werden, den Ausbau vor Ort möglichst reibungslos und beschleunigt zu realisieren.
Die Kommunen unterstützen anbieterneutral bei der Kommunikation gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zur Bedeutung des Glasfaserausbaus, der für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde essenziell ist.
Die Telekommunikationsunternehmen erkennen ihrerseits die zentrale Rolle der Kommunen als Partner für einen gelingenden Glasfaserausbau an, welche die Funktion als bloße Genehmigungsbehörde deutlich übersteigt.
- **Das im Innenministerium Baden-Württemberg ansässige Kompetenzzentrum Breitband und Mobilfunk** bietet - unter Beteiligung des **Gigabitbüros des Bundes** - den Kommunen ein umfassendes Informations-, Beratungs- und Schulungsangebot an. Dieses bezieht sich sowohl auf Fälle der Förderung als auch auf die Begleitung der Kommunen im Hinblick auf die mit einem eigenwirtschaftlichen Ausbau verbundenen Chancen und bestehenden Fragestellungen. Die **Telekommunikationsbranche** und die **Kommunalen Landesverbände** bewerben und unterstützen diese Angebote bestmöglich.
- **Die Unterzeichner des Glasfaserpakts** streben an, die Potenziale der Zusammenarbeit **mit anderen Leitungsträgern** (u. a. Stadtwerken und Energieversorgern) zu heben. Die Zusammenarbeit mit diesen bietet zusätzliche Synergien, die den Glasfaserausbau erheblich vorantreiben können. Diese weitere Leitungsträger verfügen über Infrastruktur und Expertise, die genutzt werden können, um den Glasfaserausbau effizienter zu gestalten. Gemeinsame Kooperationsprojekte ermöglichen es, Ressourcen zu bündeln und Investitionen zu optimieren sowie die Geschwindigkeit der Versorgung von Haushalten und Unternehmen zu erhöhen.

- **Die Kommunalen Landesverbände Baden-Württemberg und der Verband kommunaler Unternehmen Landesgruppe Baden-Württemberg** unterstützen solche Kooperationsmöglichkeiten mit Stadtwerken und anderen kommunalen Unternehmen durch gemeinsame Informationsveranstaltungen. Dadurch werden Nachhaltigkeit und lokale Wertschöpfung erhöht, Arbeitsplätze geschaffen und die lokale Wirtschaft gestärkt. Dies trägt zur Akzeptanz des Ausbaus in der Bevölkerung bei.
- Als maßgebliches Instrument zur Dokumentation des Fortschritts beim Glasfaserausbau stellt **das im Innenministerium Baden-Württemberg angesiedelte Kompetenzzentrum Breitband und Mobilfunk** einen öffentlich zugänglichen Gigabitatlas Baden-Württemberg zur Verfügung.
Dieses Dashboard speist sich aus den verfügbaren und turnusmäßig veröffentlichten Versorgungsdaten des Gigabitgrundbuchs, das durch die festgelegten Datenlieferungen der Telekommunikationsunternehmen befüllt wird. Mit der regelmäßigen Lieferung von Ausbaudaten an das Kompetenzzentrum Breitband und Mobilfunk des Innenministeriums Baden-Württemberg – beispielsweise durch Nennung von Geodaten, Informationen zu beginnenden Baumaßnahmen (u.a. mittels Pressemitteilungen) und Aufführung von erschlossenen Adresspunkten in Baden-Württemberg – können sowohl **die ausbauenden Unternehmen als auch die Kommunen**, in denen ausgebaut werden soll, das Dashboard vervollständigen und weitere Transparenz herstellen.
Mit den Daten des Gigabitatlas Baden-Württemberg sollen neben den Erfolgen des eigenwirtschaftlichen und des geförderten Ausbaus auch die landesweiten Ausbauperspektiven einen größeren Einzug in die Kommunikation des Landes erhalten.
- **Das im Innenministerium Baden-Württemberg befindliche Kompetenzzentrum Breitband und Mobilfunk** wird die gelieferten Daten in Absprache mit den Telekommunikationsunternehmen sowie unter Einhaltung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse aufbereiten und auch in der Kommunikation gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern verwenden. Dabei wird in der Darstellung klar danach unterschieden, welche Ausbauleistung auf eigenwirtschaftlichem und welche auf gefördertem Engagement beruht.
- Um die Sichtbarkeit und Nachfrage der Glasfasertechnologie zu erhöhen, intensivieren **die Unterzeichner des Glasfaserpakts** die Kommunikation über die Bedeutung, Entwicklungen und Erfolge von Glasfaseranschlüssen. **Die Unterzeichner des Glasfaserpakts** begrüßen die vom Bund initiierte Informationskampagne und stehen einer jeweiligen Mitwirkung positiv gegenüber. **Die Landesregierung** wird auf ihren Internetseiten zu Nutzen und Anwendungsbeispielen von Glasfaseranschlüssen informieren.
- **Die Unterzeichner des Glasfaserpakts** stimmen darin überein, dass der Wohnungswirtschaft eine nicht unerhebliche Rolle im Zusammenhang mit dem Glasfaserausbau der Telekommunikationsunternehmen, insbesondere beim Ausbau der Netzebene 4, zukommt. Die Wohnungswirtschaft soll aus diesem Grund zielgerichtet in die Kommunikations- und Austauschaktivitäten der Unterzeichner des Glasfaserpakts, wie beispielsweise bei dem regelmäßig ta-

genden Runden Tisch Glasfasernetze des Innenministeriums Baden-Württemberg, einbezogen werden. **Das Land** wird bei Bedarf eine vermittelnde Rolle gegenüber den Unternehmen der Wohnungswirtschaft einnehmen und zu den Vorteilen der Nutzung von Glasfasertechnologie anbieterneutral mit dem Ziel informieren, die notwendigen Genehmigungen zum Ausbau der Glasfaser-Inhouse-Verkabelung zu erreichen.

Weiterhin unterstützen **die Kommunalen Landesverbände Baden-Württemberg** kommunikativ durch breite Information sowie bei Bedarf durch Infoveranstaltungen.

Das Kompetenzzentrum Breitband und Mobilfunk Baden-Württemberg informiert die Wohnungswirtschaft umfänglich über rechtliche Rahmenbedingungen.

- Um die Bauqualität beim Glasfaserausbau zu steigern, soll die Kommunikation zwischen den Telekommunikationsunternehmen und Kommunen intensiviert werden. Daher empfehlen **die Unterzeichner des Glasfaserpakts** die Benennung von konkreten Ansprechpartnern **seitens der Kommunen, der Telekommunikationsunternehmen sowie der Bauunternehmer**. Bestehende, auf der Website des zuständigen Bundesministeriums abrufbare Leitfäden, die Qualitätsstandards und Anforderungen für die Bau- und Subunternehmen beinhalten und definieren, sollen ebenfalls die Bauqualität verbessern.
- Um den Glasfaserausbau zu beschleunigen, sollen alternative Legemethoden vermehrt in die Planung und Ausführung eingebracht werden. **Das im Innenministerium Baden-Württemberg angesiedelte Kompetenzzentrum Breitband und Mobilfunk** wird das Informations- und Beratungsangebot diesbezüglich weiter verstärken. Dabei sollen auch Best-Practice-Beispiele mit regionalem Bezug zum Einsatz kommen, um die Akzeptanz für alternative Legemethoden vor Ort zu steigern. **Die Kommunalen Landesverbände Baden-Württemberg** unterstützen hierbei gerne.
Die **Unterzeichner des Glasfaserpakts** bekennen sich weiter ausdrücklich dazu, dass ein flächendeckender Glasfaserausbau mittel- und langfristig keine Verschlechterung der Substanz des öffentlichen Straßeneigentums zur Folge haben darf. **Die Telekommunikationsunternehmen** achten mit besonderer Sorgfalt auf die Einhaltung der geltenden gesetzlichen Vorschriften. Die **Telekommunikationsunternehmen** erklären zudem ihrerseits die Bereitschaft, Synergien mit anderen Infrastrukturmaßnahmen (z.B. in Verbindung mit dem Bau von Strom- und Wärmenetzen) wann immer möglich nutzen zu wollen und hierbei eng mit den Kommunen und anderen Leitungsträgern zu kooperieren.
- Ein allen Telekommunikationsunternehmen offenstehender Abschluss von individuellen Kooperationsverträgen auf kommunaler oder überregionaler Ebene (Beispiel Gigabitregion Stuttgart) hat sich als zielführend und erfolgversprechend erwiesen. **Zusammen mit den Kommunalen Landesverbänden Baden-Württemberg** wird **das Kompetenzzentrum Breitband und Mobilfunk des Innenministeriums Baden-Württemberg** über entsprechende Kooperationsverträge informieren, um weitere Abschlüsse im Land zu bewirken.

- Durch verstärkte Kooperationen und Nutzung von Synergien können die Ausbaukosten reduziert und so die Anzahl der Ausbauggebiete erhöht werden. Ein marktverhandelter, offener Netzzugang (Open Access) zu fairen Konditionen sorgt für eine größtmögliche Anbieter- und Produktvielfalt zugunsten der Endkunden. Um Synergiepotenziale zu heben, bedarf es einer frühzeitigen Kommunikation **zwischen Telekommunikationsunternehmen und Kommunen**. Die Prüfung einer Mitnutzung von Infrastrukturen ist regelhafter Bestandteil der Ausbauplanungen der Telekommunikationsunternehmen. Dabei gilt – insbesondere beim geförderten Ausbau – dass die Errichtung von Doppelinfrastruktur möglichst zu vermeiden ist.
- **Die Telekommunikationsunternehmen** forcieren die Anbindung von Mobilfunkmasten mit Glasfaser. Gleichzeitig wirken auch **die Kommunalen Landesverbände Baden-Württemberg** darauf hin, dass **Kommunen**, die über ein eigenes Glasfasernetz verfügen, ihre technisch kompatiblen Netze zur Anbindung von Mobilfunkmasten bereitstellen.
- Auf Arbeitsebene soll einmal jährlich ein gesondertes Treffen stattfinden, das der Evaluierung der beschlossenen, konkreten Pakt-Maßnahmen dient. **Die Unterzeichner des Glasfaserpakts** werden dabei mögliche Optimierungspotenziale, hierfür geeignete Mittel und deren praktische Umsetzung mitteilen und konstruktiv erörtern.

Stuttgart, den 17. Juli 2025

Stellvertretender Ministerpräsident und
Minister des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen Baden-Württemberg

Thomas Strobl

Präsident und Hauptgeschäftsführer
Gemeindetag Baden-Württemberg

Steffen Jäger

Hauptgeschäftsführer
Landkreistag Baden-Württemberg

Prof. Dr. Alexis v. Komorowski